

FriEnt Zeitenwende in der deutschen Friedenspolitik

Navigationspunkte für einen politischen Kurswechsel

Ein Beitrag zur Diskussion aus einer FriEnt-Dialogreihe

Mit einer Veranstaltungsreihe mit Beiträgen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft hat FriEnt die Diskussion um die Folgen der Zeitenwende für die deutsche Friedenspolitik von Beginn an begleitet. Ein besonderes Augenmerk galt dabei den Auswirkungen für Frieden und menschliche Sicherheit in verschiedenen Weltregionen – auch in der Wahrnehmung von Peacebuilding-Akteuren aus dem Globalen Süden. Die Beobachtungen und Schlussfolgerungen aus der Dialogreihe zeigen Fixpunkte und Koordinaten für den politischen Kurswechsel und geben Impulse zur Diskussion rund um die Nationale Sicherheitsstrategie.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat bisherige Gewissheiten in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erschüttert und einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Was bedeutet diese Zeitenwende für die internationale Zusammenarbeit und für das deutsche Engagement für Krisenprävention und Peacebuilding? Seit Gründung der Bundesrepublik folgt die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik dem Leitbild der Friedensförderung, mit einem klaren Bekenntnis zu Demokratie, dem Schutz der Menschenrechte und menschlicher Sicherheit. Damit verbunden ist ein Selbstverständnis als Zivilmacht mit dem Primat der Politik und militärischen Mitteln als ultima ratio der Krisenintervention. Die Erosion der internationalen Friedens- und Sicherheitsarchitektur konfrontiert die politischen Akteure mit veränderten Realitäten und Erwartungen an das deutsche Politikhandeln, während gleichzeitig Erfahrungen und Ansätze aus der zivilen Konfliktbearbeitung im politischen Diskurs zunehmend in den Hintergrund treten. Mit der Erarbeitung einer Nationalen Sicherheitsstrategie sollen jetzt erstmals Eckpunkte für die künftige Ausrichtung der deutschen Politik formuliert werden. Viele friedenspolitische Akteure befürchten, dass sich damit die Prioritäten in Richtung eines stärker staatszentrierten und militarisierten Sicherheitsverständnisses verschieben.

Seit ihrer Gründung vor 20 Jahren dient die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) als wichtiger Resonanzraum und Impulsgeber für die deutsche Friedenspolitik – für den Dialog von Staat und Zivilgesellschaft sowie für gemeinsames Lernen und Erfahrungsaustausch, auch mit globalen Partnern und Netzwerken. Die Folgen der Zeitenwende für die deutsche Friedenspolitik hat FriEnt seit März 2022 in einer Veranstaltungsreihe mit Beiträgen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft kontinuierlich begleitet. Die Reihe fand ihren Abschluss in einem Dialog mit Peacebuilding-Akteuren aus Krisen- und Konfliktregionen in Afrika, Asien und Europa, u.a. aus Afghanistan, Somalia, der Sahelzone, dem Irak und den Philippinen. Das vorliegende Papier führt Beobachtungen und Schlussfolgerungen aus der Dialogreihe zusammen und greift Überlegungen aus der Diskussion rund um die Nationale Sicherheitsstrategie auf. Ein zentrales Anliegen dabei ist

es, den Diskurs mit weiteren Perspektiven zu bereichern. Das betrifft besonders die Auswirkungen für Frieden und menschliche Sicherheit in verschiedenen Weltregionen und globale Zusammenhänge in der Zusammenarbeit mit Partnerländern.

Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu überwinden – auf nationaler und internationaler Ebene – sind seit jeher Kernziele der Friedens- und Entwicklungspolitik. In Zeiten der Klimakrise, globaler Pandemien, Kriegen und Gewaltkonflikten und einem alarmierenden Anstieg von Armut und Hunger in der Welt wird mehr denn je deutlich, dass die Risiken und Bedrohungen für Frieden und Sicherheit globalisiert und miteinander verwoben sind. Ausgehend von einem umfassenden Verständnis von Sicherheit, das Menschen- und Freiheitsrechte für alle Teile der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt, gibt FriEnt Impulse, um Perspektiven und Zugangswege zu erweitern und den Herausforderungen für Frieden und menschliche Sicherheit auf unterschiedlichen Ebenen in globaler Zusammenarbeit zu begegnen:

- Wie muss eine künftige deutsche Friedenspolitik aussehen, um – im Zusammenspiel von Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik – den veränderten Bedingungen und den (globalen) Herausforderungen für Frieden und menschliche Sicherheit gerecht zu werden?
- Wie lassen sich Zielkonflikte und Dilemmata für politische Entscheidungsprozesse sowie Kontroversen um Doppelstandards – auch für die Zusammenarbeit in und mit Partnerländern – konstruktiv bearbeiten?
- Was bedeutet das für Kooperation und Partnerschaften – auch mit dem Globalen Süden – und wie lässt sich die Zusammenarbeit so gestalten, dass nicht nur Staaten und Regierungen, sondern auch Akteure der Zivilgesellschaft daran teilhaben können?

Eine Beobachtung aus der FriEnt Diskussionsreihe zeigt, dass ein konstruktiver Dialog vor allem davon abhängt, den eigenen Standpunkt zu hinterfragen und Generalisierungen zu vermeiden. Das gilt besonders für eine differenzierte Perspektive auf den „Globalen Süden“ als Sammelbegriff für eine heterogene Staatengruppe mit unterschiedlichen Interessen und politischen Ausrichtungen – auch jenseits des Regierungshandelns. Denn die Bedeutung der Zivilgesellschaft für nachhaltige Friedensförderung und menschliche Sicherheit wird im politischen Diskurs häufig vernachlässigt. Ein weiterer Faktor betrifft das Verständnis von Sicherheit. Für komplexe und miteinander verwobene Krisenkontexte sind Friedensförderung, Entwicklung und Sicherheit gleichermaßen bedeutsam und müssen Teil des Gesamtengagements sein. Es gibt somit keine Hierarchie für verschiedene Dimensionen menschlicher Sicherheit, sondern Rückschritte und Erfolge in unterschiedlichen Bereichen bedingen sich gegenseitig.

Aus den Beiträgen und Erkenntnissen der Dialogreihe erschließen sich drei zentrale Diskursfelder, die hilfreich sein können, um verschiedene Stränge der politischen Debatten rund um die Zeitenwende zusammenzuführen und Referenzpunkte für das konkrete Politikhandeln zu setzen:

Die Gewichtung von Werten und Interessen: Globale Risiken und Herausforderungen für Frieden und Sicherheit verlangen globale Zusammenarbeit jenseits politischer Differenzen. Systemkonkurrenz und Widerstände gegen eine Kooperation über Konfrontationslinien hinweg bestehen jedoch weiter oder verschärfen sich im Zuge der Zeitenwende. Gleichzeitig stoßen konkurrierende Angebote anderer Staaten, insbesondere aus China, Veränderungen in den globalen Kooperations- und Konfliktmustern an, während politische Akteure aus dem Globalen Süden mehr Mitsprache und Strukturreformen in der Sicherheitspolitik einfordern. Die internationale Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Gegenwart spiegelt politische

Politische Akteure aus dem Globalen Süden fordern mehr Mitsprache und Strukturreformen in der Sicherheitspolitik.

Verhältnisse der Vergangenheit und wird den aktuellen Herausforderungen aufgrund politischer Blockaden und ungleicher Machtverhältnisse nicht gerecht. Gleichzeitig geraten grundlegende Werte und Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte zunehmend unter Druck. Westliche Regierungen stehen somit besonderen Herausforderungen und Aushandlungsprozessen um politische Zielkonflikte, Werte und Interessen gegenüber – jeweils mit eigener Dynamik und Gewichtung für unterschiedliche Akteurskonstellationen und Politikfelder.

Menschliche Sicherheit vs. staatliche Sicherheit: Mit Blick auf die Renaissance von Debatten um Verteidigungs- und Bündnispolitik, militärische Kapazitäten und staatliche Sicherheit befürchten friedenspolitische Akteure in Deutschland, dass sich im Zuge der nationalen Sicherheitsstrategie eine Trendwende hin zu einem stärker staatszentrierten und militärischen Sicherheitsverständnis entwickelt. Andererseits bekennt sich die Bundesregierung zu einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik, die darauf abzielt, die Rechte, die politische und gesellschaftliche Teilhabe und die Potenziale von Frauen und marginalisierten Gruppen zu stärken und so Schutz und Sicherheit für alle Teile der Bevölkerung in den Blick zu nehmen. Während sich dieser Ansatz auch in den Leitlinien für Krisenprävention und Friedensförderung wiederfindet, soll die nationale Sicherheitsstrategie Ziele und Handlungsprinzipien für eine Politik nach der Zeitenwende formulieren, die den Paradigmenwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik abbilden. Welches Verständnis von Sicherheit die künftige deutsche Friedenspolitik bestimmt, wird sich letztlich daran festmachen, wie die Vorgaben aus der Strategie für die politische Praxis und die konkrete Zusammenarbeit in und mit Partnerländern übersetzt werden.

Botschaften und Narrative für den politischen Diskurs: Der Paradigmenwechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik markiert auch einen Wendepunkt für den politischen Diskurs: Auch wenn die Grundprinzipien und Prioritäten für das Politikhandeln weiterhin gelten sollen, haben sich bisherige Gewissheiten für die internationale Zusammenarbeit so umfassend verändert, dass der politische Grundkonsens neu verhandelt werden muss. Das erfordert einen öffentlichen Diskurs, transparente Vermittlung und einen offenen Dialog auf nationaler und internationaler Ebene – besonders mit Blick auf konkurrierende Interessen, politische Zielkonflikte und Dilemmata. Eine solche Neuausrichtung der politischen Koordinaten für Kooperations- und Aushandlungsprozesse muss dabei alle Akteurs- und Handlungsebenen mit einbeziehen. Dazu gehören Parlament und Zivilgesellschaft, aber auch lokale und internationale Partner in der globalen Zusammenarbeit. Auch die Peacebuilding-Akteure sind aufgerufen, ihre Positionen für die Vermittlung im politischen Diskurs neu zu justieren, um friedenspolitische Perspektiven für die Politik der Zeitenwende zu erschließen.

In allen Bereichen zeigt der aktuelle Diskurs offene Fragen und Spannungsfelder, die verdeutlichen, dass die Navigationspunkte für den politischen Kurswechsel noch nicht abschließend bestimmt sind: Welche Koordinaten bleiben gesetzt? Wo gibt es Raum zum Nachsteuern? Und wo führt der Kurs in unbekannte Gewässer?

“ Welche Koordinaten bleiben gesetzt? Wo gibt es Raum zum Nachsteuern? Und wo führt der Kurs in unbekannte Gewässer?

Fixpunkte und Navigationshilfen – zur Kursbestimmung

— **Demokratie ist keine Voraussetzung für Kooperation – aber Werte wiegen schwerer als Interessen:** Globale Risiken und Herausforderungen für Frieden und menschliche Sicherheit, allen voran die Klimakrise, verlangen umfassende Zusammenarbeit jenseits politischer Konfliktlinien zwischen Autokratien und Demokratien. Das macht Grundwerte wie die Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit jedoch nicht verhandelbar, sondern sie bleiben ein Kernprinzip für jedes Politikhandeln – unabhängig von staatlichen Zielen und Interessen und auch für vermeintlich ‚unpolitische‘ Kooperationsfelder.

- **Glaubwürdigkeit, Führung und Verantwortung:** Eine Führungsrolle in der Friedens- und Sicherheitspolitik verlangt Zuverlässigkeit in allen Bereichen und Politikfeldern. Dazu zählen auch militärische Maßnahmen. Entscheidend für das deutsche Renommee als verlässlicher Partner in der internationalen Zusammenarbeit ist aber die konsequente Ausrichtung auf Krisenprävention und Friedensförderung. Das gilt umso mehr angesichts aktueller Entwicklungen in anderen europäischen Staaten mit einem Wiedererstarken nationalistischer und protektionistischer Kräfte. Das deutsche Engagement als einer der größten Geber für Peacebuilding gewinnt vor diesem Hintergrund an Bedeutung und setzt Maßstäbe in der globalen Zusammenarbeit für Frieden und Sicherheit. Die zivile Dimension bildet somit das Fundament für verlässliche Führungsstärke und muss als solche weiterhin den politischen Kurs bestimmen.
- **Emanzipatorischer Anspruch und Systemwandel:** Eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik verlangt Strukturen, die eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe aller Mitglieder einer Gesellschaft ermöglichen, eine Umverteilung von Machtressourcen und gemeinsame Anstrengungen zur Überwindung von Ungleichheit – auf nationaler und internationaler Ebene sowie mit globalen und lokalen Partnern als eigenständige Akteure mit eigenen Interessen.

Variable Koordinaten – für Kurskorrekturen

- **Interessenkonflikte und politische Dilemmata:** Es gibt keine Patenlösung für den Umgang mit konkurrierenden Zielsetzungen und Prioritäten auf nationaler und internationaler Ebene. Politische Konfliktlinien, gegensätzliche Werte und Interessen müssen offen thematisiert werden und können in einen mehrdimensionalen Ansatz aus Kooperation und Konfrontation für unterschiedliche Bereiche und Handlungsfelder münden. Politische Akteure müssen dafür alle Möglichkeiten für eine verlässliche Zusammenarbeit in Fragen von gemeinsamem Interesse ausloten und Ansatzpunkte für die Förderung der Menschenrechte und demokratischer Teilhabe nutzen.

“ Politische Konfliktlinien, gegensätzliche Werte und Interessen müssen offen thematisiert werden.

- **Nationale Sicherheitsstrategie – Akteure, Strukturen und Prozesse:** Die erste nationale Sicherheitsstrategie für Deutschland muss vielfältige Anforderungen erfüllen: Sie muss relevante politische Vorgaben und Vereinbarungen wie die friedenspolitischen Leitlinien der Bundesregierung aufgreifen, an multilaterale Abkommen und Sicherheitsstrukturen anknüpfen, auf Forderungen nach Reformen der globalen Sicherheitsordnung und einer breiteren Beteiligung an politischen Steuerungs- und Entscheidungsprozessen eingehen, verschiedene Vorstellungen und Zieldimensionen von Frieden und (menschlicher) Sicherheit miteinander in Einklang bringen sowie politische Ziele und Prioritäten an ein nationales und internationales Publikum vermitteln. Angesichts dieser Herausforderungen scheint es ratsam, gemeinsame Interessen für eine regelbasierte Ordnung in den Mittelpunkt zu stellen. Die Strategie sollte überzeugende Narrative liefern, die konkurrierenden Deutungsmustern, Ansprüchen und politischem Gaslighting durch autoritäre Regime und/oder antidemokratische Kräfte standhalten.

Unerforschtes Terrain – mit unbekanntem Kurs

- **Wann wird die Grenze überschritten?** Auch oder gerade das konsequente Einstehen für den Schutz der Menschenrechte und die Unterstützung der Zivilgesellschaft verlangt, die eigene Position zu hinterfragen und eine bevormundende Politik zu vermeiden, die nationale Initiativen für Frieden und Demokratie übergeht. Was bedeutet das für die politische Praxis? An welchen Kriterien und Bedingungen lässt sich festmachen, wo Kooperation möglich und wo Konfrontation notwendig ist? Angesichts zunehmender systemischer Rivalitäten, anti-westlicher Narrative und Vorwürfen gegen eine Doppelmoral mit unterschiedlichen Maßstäben im Umgang

mit dem Globalen Süden sollten politische Entscheidungsträger auch historische Faktoren im Blick haben, um den Eindruck einer einseitigen und eigennützigen Politik zu vermeiden. Diesen Anspruch in konkretes Politikhandeln und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu übersetzen, stellt jedoch besondere Herausforderungen und verlangt einen offenen Dialog mit transparenter Kommunikation.

- **Handlungsfähigkeit und Eigenverantwortung:** Auch das politische Bekenntnis für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Akteure an internationalen Governance- und Entscheidungsprozessen für Frieden und Sicherheit mit entsprechenden Reformen und Systemveränderungen – auf allen Handlungsebenen – scheint in der Praxis schwer einzulösen. Politische Entscheidungsträger aus westlichen und transatlantischen Kooperationsstrukturen, täten gut daran, staatliche und nichtstaatliche Akteure aus dem Globalen Süden als selbstbestimmte und gleichberechtigte Partner für Dialog und Zusammenarbeit anzuerkennen. Dazu gehört auch eine kritische Reflexion außen- und entwicklungspolitischer Ansätze und Instrumente.
- **Es ist kompliziert:** Die aktuellen globalen Entwicklungen und die politische Dynamik verlangen eine klare Haltung und ein entschiedenes Eintreten für Krisenprävention und Friedensförderung. Die Beiträge und Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit und der zivilen Konfliktbearbeitung für Frieden und Sicherheit scheinen jedoch weniger sichtbar oder anschaulich zu erklären als diplomatische, wirtschaftliche und militärische Instrumente – insbesondere im Hinblick auf lokale Ansätze und Erfahrungen für Peacebuilding. „Es ist komplex und kompliziert“ ist als Antwort auf die aktuellen Herausforderungen für die Friedens- und Entwicklungspolitik jedoch wenig hilfreich. Lokale und internationale Friedensakteure müssen geeignete Strategien für den politischen Diskurs entwickeln – mit klaren Botschaften und überzeugenden Narrativen, um den Mehrwert der zivilen Konfliktbearbeitung anschaulich zu vermitteln.

Überlegungen zur künftigen Friedenspolitik

Zusammenfassend ergeben sich aus den Ergebnissen der FriEnt Dialogreihe einige „Navigationspunkte“ für den künftigen Kurs der deutschen Friedenspolitik. Wie eingangs schon erwähnt, beziehen sich diese Schlussfolgerungen besonders auf drei Kernfragen zur globalen Zusammenarbeit für Frieden und Sicherheit:

- **Zur Politikgestaltung unter veränderten Bedingungen und neuen (globalen) Herausforderungen für Frieden und menschliche Sicherheit:** Die Auswirkungen der Zeitenwende erfordern eine kohärente Politik, die verschiedene Bereiche und Handlungsfelder verknüpft und den wechselnden Anforderungen für Kooperation und Governance gerecht wird. Mit Blick auf die Defizite des internationalen Systems für Frieden und Sicherheit – wie Machtungleichgewichte, politische Blockaden und mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten für Akteure aus dem Globalen Süden – gilt es, *alternative Wege für eine gleichberechtigte Teilhabe an internationalen Governance- und Entscheidungsprozessen zu erschließen*. Um das zu erreichen, sind besonders westliche Regierungsakteure, auch in Deutschland, aufgerufen, *verstärkt Wahrnehmungen und Einschätzungen außerhalb Europas in den politischen Dialog zu integrieren* und *sektorübergreifende Ansätze für eine mehrdimensionale Friedenspolitik über Akteursgruppen und Handlungsfelder hinweg* zu befördern.
- **Zu Kooperationen und Partnerschaften jenseits von Staaten und Regierungen:** In ähnlicher Weise hängt der Erfolg von Friedensbemühungen auch entscheidend davon ab, dass die Zivilgesellschaft aktiv daran beteiligt ist. *Menschliche Sicherheit und gute Regierungsführung sind ohne Einbindung der Zivilgesellschaft nicht möglich* – das gilt für den Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung und insbesondere für die politische Rechenschaftslegung. *Ansätze, die den Schutz und Sicherheit für alle Menschen in den Mittelpunkt stellen und dabei*

verschiedene Akteursgruppen einbinden, sind somit besonders geeignet, um gesellschaftliche Friedenspotenziale und Resilienz – auch gegen extremistische Tendenzen – zu stärken. Vor diesem Hintergrund ist *ein starker Fokus auf menschliche Sicherheit* besonders in fragilen und komplexen Krisenkontexten unverzichtbar.

— **Zu Kontroversen um Doppelstandards und zur Gewichtung von Werten und Interessen:** Im Hinblick auf die zunehmende Konkurrenz zwischen demokratisch und autokratisch regierten Staaten lässt sich ein inklusives und am Schutz der Menschenrechte orientiertes Politikhandeln nur durchsetzen, wenn politische Entscheidungsträger ihre Verpflichtungen wahrnehmen und konsequent danach handeln. Das gilt für politische Inhalte und ihre Umsetzung gleichermaßen. Als Grundvoraussetzung für *ein glaubwürdiges und verantwortliches Regierungshandeln* müssen Zielkonflikte und konkurrierende Schwerpunkte in unterschiedlichen Politikfeldern für *eine kohärente und werteorientierte Interessenpolitik* adressiert und transparent gelöst werden. Folglich trägt ein konsequentes Bekenntnis zu Grundwerten wie Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit auch entscheidend dazu bei, welche Überzeugungskraft politische Botschaften entfalten können. Westliche Regierungen müssen *politischen Akteure aus dem Globalen Süden dafür attraktive Angebote machen*, die sich an ihren Interessen und Prioritäten ausrichten sowie an gemeinsamen Zielen für die Bewältigung globaler Herausforderungen für Frieden und Sicherheit. So lassen sich auch Bekenntnisse zu Solidarität und Partnerschaft und das politische Engagement für globale Gerechtigkeit, den Schutz der Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung verstärken – und damit für die Kernanliegen der globalen Agenda für Friedensförderung und menschliche Sicherheit.

“ Ein starker Fokus auf menschliche Sicherheit ist in komplexen Krisenkontexten unverzichtbar.